



Stellenplanung für das Haushaltsjahr 2021

Kreisausschuss am 25.01.2021

Bekämpfung der Corona-Pandemie ist auch im Jahr 2021 die **wichtigste** Aufgabe für die Gesamtverwaltung und der erhöhte Personalbedarf im Gesundheitsamt ist sicherzustellen

2020

Einstellungen innerhalb des Stellenplans, dezernats-, amtsübergreifende und externe Unterstützung (Bundeswehr, Bundesministerien, Zoll, RKI)

2021

- notwendige Personalressourcen sind bereitzustellen
- Stärkung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitswesens durch den „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ (Vereinbarung Bund und Länder), u. a. Personalaufbau
 - Stellenplananpassung und Beteiligung des Kreistages sobald Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst vorliegt



Im Rahmen der Stellenplanung lagen 22,30 VZE als zusätzliche Bedarfsanmeldungen aus den Fachämtern vor.

Prüfung aller zusätzlichen Bedarfe unter folgenden **Kriterien:**

1. Zuwachs an bundes- und landesrechtlichen Aufgaben,
2. Fallzahlensteigerung,
3. begonnene Organisationsuntersuchung/Prozessoptimierung abgeschlossen
4. zusätzliche freiwillige Leistungen

Nach Prüfung der Bedarfsanmeldungen verblieb ein unabweislicher Mehrbedarf von 9,00 VZE.

➡ Prüfung von zusätzlichen Stellen – Grundlage sind sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung (§ 63 Abs. 2 BbgKVerf) und die Vorgaben des Kämmerers zur Haushaltsplanung.

Stellenplanveränderung zum Stellenplan 2020



Der Stellenplan bildet sämtliche Stellen des Landkreises ab und bildet die Höchstgrenze, in welcher Anzahl und in welcher Besoldungsgruppe/Entgeltgruppe innerhalb des Haushaltsjahres Stellen maximal zur Verfügung stehen.

Stellenmehrbedarf und Verrechnung für den Stellenplan 2021	
Mehrbedarf	9,00 VZE
abzüglich	
Realisierung von kw-Vermerken	2,00 VZE
Entfristung und Heranziehung einer vorhandenen Stelle (Stellenumwandlung)	1,00 VZE
= Erhöhung gegenüber dem Vorjahr	6,00 VZE

Stellenplanveränderung zum Stellenplan 2020



Stellenplan	Beamte	Beschäftigte	Stellen Gesamt in VZE
2020	91,56	796,50	888,06
2021	88,56	805,50	894,06

Im Vorjahresvergleich kommt es mit dem Stellenplan 2021 zu einer Stellenplanerhöhung von insgesamt 6,00 VZE.

Nach den Haushaltsgrundsätzen (§ 63 Abs. 2 BbgKVerf) hat die Haushaltsführung sparsam und wirtschaftlich zu erfolgen.

Dieser Grundsatz wird durch die Nutzung von vorhandenen Ressourcen – freie Stellenanteile – umgesetzt.

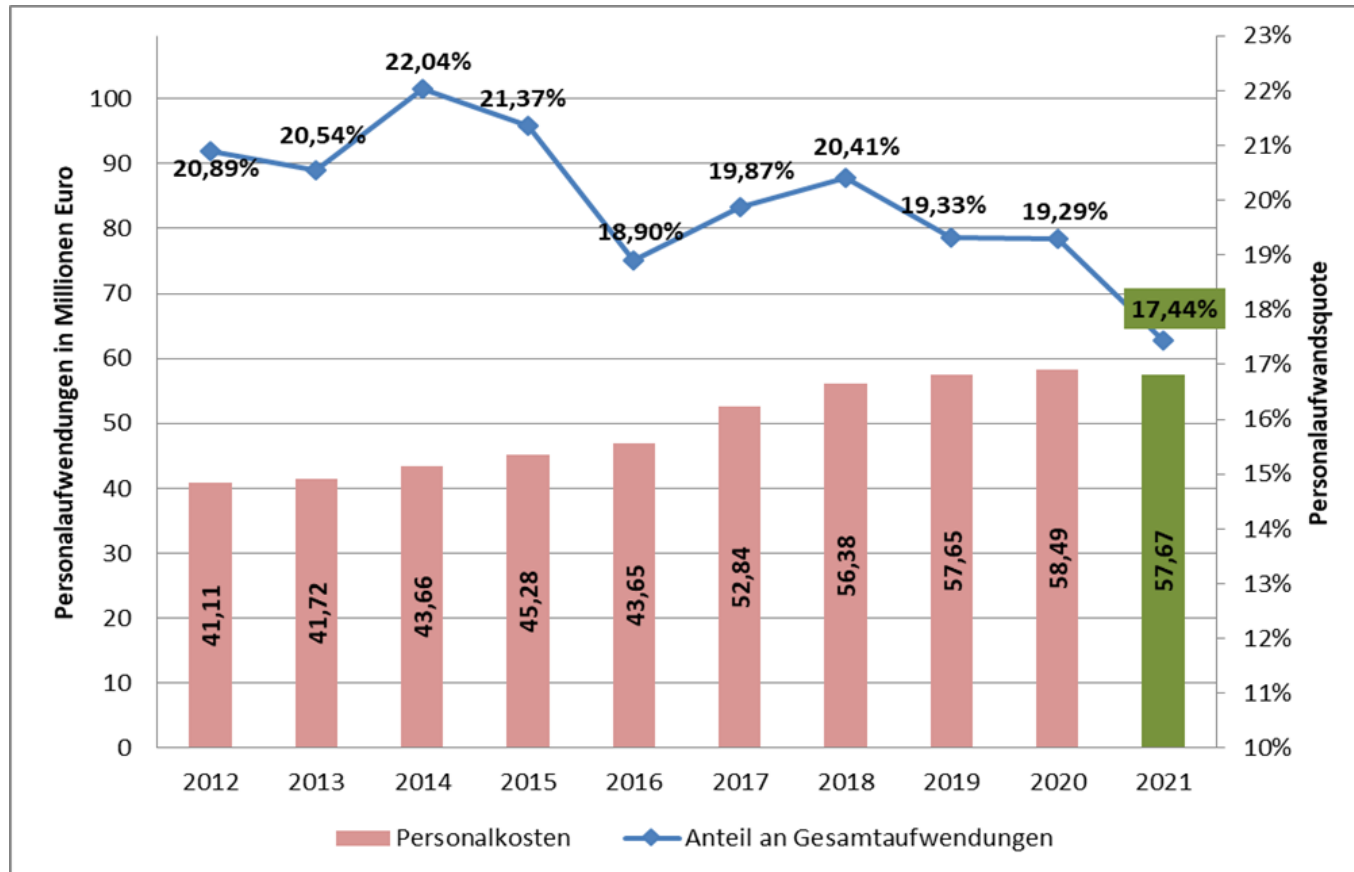
Um unbesetzte Stellenanteile durch Teilzeit zu nutzen, werden diese aufsummiert und zu neuen Stellen zusammengefasst.

Nutzung von freien Stellenanteilen Weiterführung in 2021	Anzahl von Stellen, die aus freien Stellenanteilen durch Teilzeit <u>ämterübergreifend</u> gebildet wurden:
gebildete Stellen für Stellenbedarfe – Stellenplan 2020	19,000
für die Kompensationsstellen/Dezernat	4,825
insgesamt:	23,825
Nutzung von freien Stellenanteilen Weiterführung in 2021	Anzahl von Stellen, die aus freien Stellenanteilen durch Teilzeit <u>innerhalb des Amtes</u> gebildet wurden:
Nutzung von freien Stellenanteilen innerhalb der Organisationseinheit	8,384
Erhöhung von Teilzeitstellen innerhalb der Organisationseinheit	4,015
insgesamt:	12,399



- **Maßnahmen ↔ Auswirkungen auf den Stellenplan**
 - Einrichtung der zentralen Vergabestelle
 - Beschaffung eines Kassenautomaten für den Hauptverwaltungssitz
 - Digitalisierung der Verwaltung/Einführung DMS

Übersicht zur Entwicklung der Personalaufwandsquote



Stand: 16.12.2020



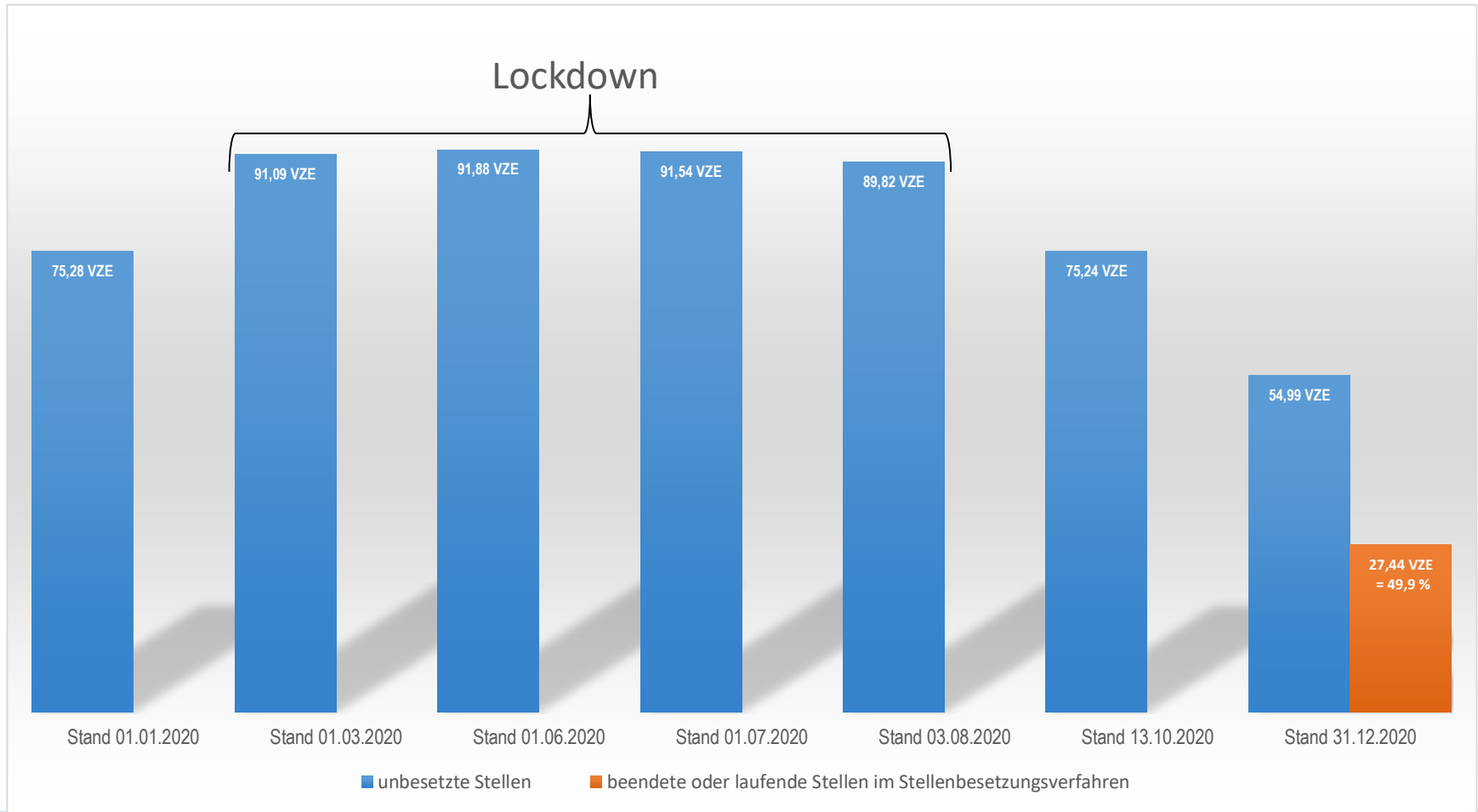
- Personalaufwandsquote

	Landkreis Teltow-Fläming	Landkreis Dahme-Spreewald
2020	19,29 %	18,05 %
2021	17,44 %	18,11 %

- Nichtbesetzungsquote per 30.06.2019

Landkreis Teltow-Fläming	Landkreis Potsdam-Mittelmark	Landkreis Dahme-Spreewald
11,99 %	14,32 %	9,35 %

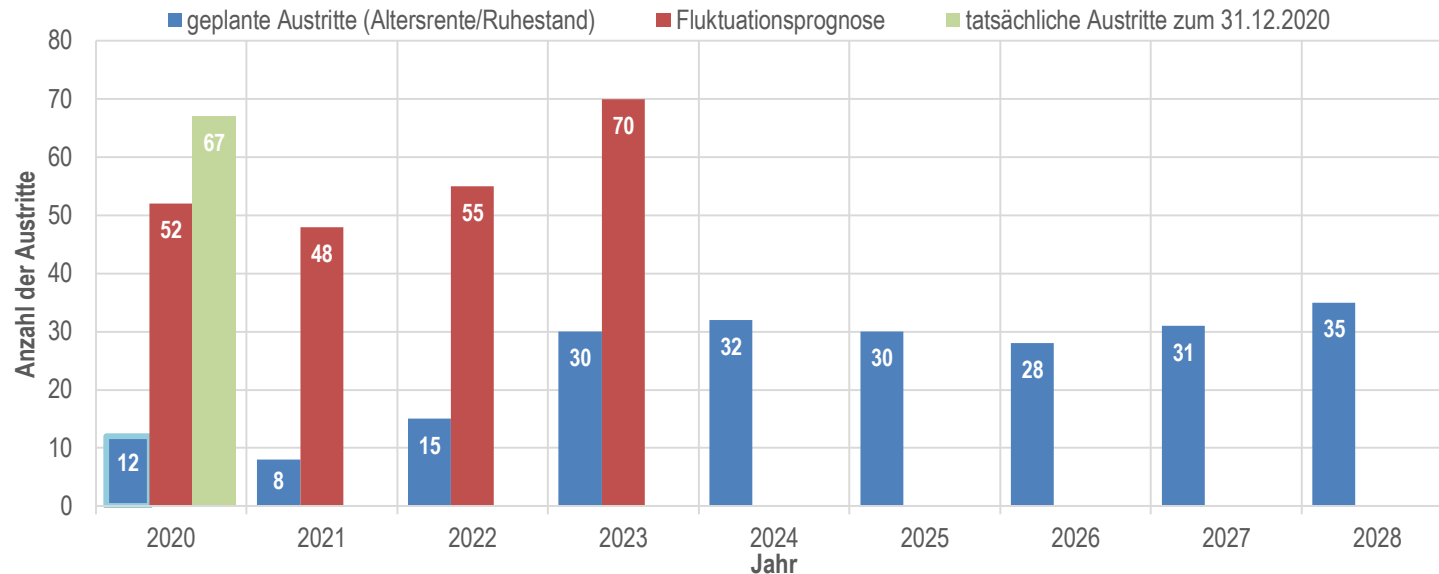
Übersicht unbesetzte Stellen 2020



Herausforderung demografischer Wandel (Austritte 2020 bis 2028)



Austritte 2020 bis 2028



Aktualisierung Dezember 2020

Fluktuationsprognose*:

52 Beschäftigte (Abweichung: +15 Beschäftigte)

(*Durchschnittswerte der Austritte der Jahre 2017-2019)



- Ausbildungs- und Studienplätze der Kreisverwaltung:
 - Verwaltungsfachangestellte*r,
 - Vermessungstechniker*in,
 - Bachelor – Öffentliche Verwaltung Brandenburg,
 - Bachelor – Verwaltungsinformatik Brandenburg sowie
 - Bachelor – Vermessung und Geoinformatik
- Stellen zur Weiterqualifizierung (bei Bedarf alle 2 Jahre)
 - Lebensmittelkontrolleur*in,
 - Hygienekontrolleur*in,
 - Veterinärhygiene-Kontrolleur*in
- Studiengänge in Planung (ab Wintersemester 2022/23):
 - im Bereich des Bauingenieurwesens
 - im Studiengang „Soziale Arbeit“ an der Fachhochschule Potsdam



Anzahl der neuen Ausbildungs- und Studienplätze für das Einstellungsjahr 2021

- 4 Ausbildungsplätze Verwaltungsfachangestellte*r,
- 1 Ausbildungsplatz Vermessungstechniker*in,
- 5 Bachelor-Studienplätze Öffentliche Verwaltung Brandenburg und
- 1 Bachelor-Studienplatz Vermessung und Geoinformatik

Ausbildungsmarketing

- bisherige Maßnahmen
 - Präsenz auf Ausbildungs- und Studienmessen
 - Angebot von Praktika
 - Teilnahme am Zukunftstag des Landes Brandenburg
- zusätzliche Maßnahmen
 - Planung für das Jahr 2021 im Rahmen der digitalen Berufsorientierungstournee ist ein Dreh eines Ausbildungsvideos für den Landkreis



- Grundlage ist das Rahmenkonzept und der Maßnahmenplan (Beschluss des Kreistages vom 23. April 2018)
- ↳ Umsetzung von Maßnahmen werden in der jährlichen Haushaltshaltplanung dargestellt
- **Umsetzung der Maßnahmen 2021:**
 - Einführung einer Aktivpause
 - Dienstvereinbarung Sucht

Eckdaten zu den Personalkosten 2021



Haushaltsjahr	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Veränderung
Personal- und Versorgungsaufwendungen in €	59,19 Mio.	57,67 Mio.	-1,52 Mio.
Erträge in €	6,92 Mio.	6,75 Mio.	-0,17 Mio.
Nettopersonalkosten in €	52,27 Mio.	50,92 Mio.	-1,35 Mio.

Folgende Faktoren bestimmen die Mehraufwendungen:

- Tarifsteigerung ab 1. April 2021 i. H. v. durchschnittlich 1,4 Prozent, mindestens jedoch 50 Euro
- Tarifsteigerung für Auszubildenden ab 1. April 2021 i. H. v. 25 Euro
- Aufwandreduzierungen für nicht planbare Einsparungen aufgrund von ungeplanten Elternzeiten, Beschäftigungsverboten und Langzeiterkrankungen i. H. v. 1,40 Mio. Euro
- Aufwandreduzierungen für unterjährigen Stellenbesetzung i. H. v. 3,64 Mio. Euro u. a. aufgrund von geänderte Arbeitsmarktlage, interne Personalrotation, vorzeitige Inanspruchnahme der Altersrente